

„Positionen sind weit auseinander“

Erste Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst der Länder vertagt. Arbeitgeber lehnen Forderung als überzogen ab. Warnstreiks nicht ausgeschlossen

Von Beate Kranz

Berlin. Der Ausgang der ersten Runde folgt einer alten Tradition. Der Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst wurde nach dreistündigen Gesprächen erwartungsgemäß ergebnislos in Berlin vertagt. Das nächste Treffen ist schon verabredet: Es findet am 6./7. Februar in Potsdam statt.

Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass die Gewerkschaften den Druck auf die Arbeitgeber schon in diesem Monat durch erste Warnstreiks erhöhen könnten. Sowohl Verdi, die die Verhandlungen auch für die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und IG BAU führt, als auch der Beamtenbund DBB riefen ihre Mitglieder zu ersten Aktionen auf.

Schon am Montag protestierten mehrere Hundert Gewerkschafter in der Hauptstadt vor dem Verhandlungsort, der Landesvertretung Baden-Württemberg, um den Verhandlungsführern den Rücken zu stärken. Verdi und der Beamtenbund DBB fordern sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat. Azubis und Praktikanten sollen 100 Euro mehr Geld pro Monat erhalten. In der Krankenpflege müsse die Gehaltstabelle um 300 Euro aufgestockt werden, so die Arbeitnehmervertreter. Der Abschluss soll für zwölf Monate gelten. Die Länder lehnten die Forderungen jedoch als überzogen ab.

„Die Gesprächsatmosphäre ist gut, die Positionen sind weit auseinander“, fasst der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), Frank Bsirske, den Stand der ersten Verhandlung zusammen. Laut Verdi-Chef sei genügend Geld zum Verteilen vorhanden. „Die Länder verzeichnen seit



Auch Verdi-Chef Frank Bsirske beteiligt sich in Berlin an der Demonstration zum Auftakt der Verhandlungen.

FOTO: DPA

mehreren Jahren deutliche Haushaltsüberschüsse in zweistelliger Milliardenhöhe“, argumentiert Bsirske: „Der Spielraum für deutliche Verbesserungen ist also da.“ Laut DBB-Chef Ulrich Silberbach betragen die Steuerüberschüsse der Länder 17,1 Milliarden Euro. Die geforderten Lohnerhöhungen bezifferte er wiederum auf 6,4 Milliarden Euro.

Die Arbeitgeber machen dagegen eine andere Rechnung auf. „Wenn man das Paket zusammenrechnet, liegt es bei zehn Prozentpunkten in einem Jahr“, bewertet der Verhandlungsführer, Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) und amtierender Chef der Länder-Tarifgemeinschaft TdL:

„Und das ist zu viel.“ Jeder Prozentpunkt bedeute 1,3 Milliarden Euro an Kosten. Zudem verweist Kollatz auf den Schuldenberg der Länder und die Schuldenbremse ab 2020, die die Spielräume verringere.

Verhandelt wird für rund eine Million Tarifbeschäftigte – darunter für Pflegekräfte und Erzieher. Der Abschluss soll für alle Bundesländer mit Ausnahme von Hessen gelten, das eigene Gespräche führen wird. Das Ergebnis soll anschließend auf weitere rund 2,3 Millionen Beamte und Pensionäre übertragen werden.

Die Gewerkschaft macht sich vor allem angesichts des Fachkräftemangels für eine bessere Bezahlung stark. „Bis 2025 scheidet jeder

vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder altersbedingt aus. Wer den Kollaps verhindern will – in der Pflege, im Straßenbau, bei den Berufsfeuerwehren, im IT-Bereich oder bei den Ingenieuren – der muss jetzt die richtigen Weichen stellen“, betont Bsirske. „Ohne eine gute Bezahlung wird der öffentliche Dienst keinen ausreichenden Nachwuchs finden.“

In den vergangenen Tarifrunden waren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst laut Bsirske bereits schlechter davongekommen. So seien die Tarifvergütungen in der Gesamtwirtschaft seit dem Jahr 2000 um 4,4 Prozentpunkte stärker gestiegen als bei den Beschäftigten der Länder.